

tionsmaßnahmen gegen "Friedensbrecher" oder "Aggressoren" teilzunehmen und insoweit die vom Neutralitätsrecht geforderte Unparteilichkeit aufzugeben. Insoweit haben auch weder die neutralen Staaten selbst (mit Ausnahme der Schweiz) noch die Völkerrechtsgemeinschaft in deren Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen rechtliche Probleme gesehen. Im Falle Costa Ricas sind allerdings noch weitere Besonderheiten zu beachten: Während dauernde Neutralität in der Regel vertraglich begründet wurde, sei es multilateral (Schweiz 1815, Österreich 1955) oder bilateral (Vatikanstadt 1929, Finnland 1948), verkündete sie Costa Rica einseitig (Proklamation des Staatspräsidenten vom 17.11.1983). Auch gibt es keine Festschreibung im innerstaatlichen Recht. Da aber die Proklamation allen Staaten notifiziert wurde, ohne Einsprüche hervorzurufen, und Costa Rica auch nach mehrmaligem Regierungswechsel an der Proklamation festhält, geht André wohl zu Recht von einem rechtswirksam begründeten Neutralitätsstatus aus. Schwieriger ist das Verhältnis der dauernden Neutralität Costa Ricas zu seinen vorher eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu beurteilen, da das Land nicht nur den VN, sondern auch der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und dem Interamerikanischen Abkommen über gegenseitigen Beistand (ITRA) von 1947 angehört. Hier bietet allerdings Art. 20 ITRA eine Lösung, der die militärische Hilfeleistung ausdrücklich in das Ermessen jedes Partnerstaates stellt. Die von vielen angenommene Rüstungspflicht des dauernd Neutralen in Friedenszeiten schließlich hält der Verfasser im Falle Costa Ricas deshalb für irrelevant, weil es seine Neutralität in der angeführten Proklamation ausdrücklich auf das Vertrauen in die Vertragstreue seiner Partner in den genannten Organisationen gründet. Hier ist in der Tat eine interessante neue Variante der dauernden Neutralität ins Leben getreten.

Leider hat der Druckfehlernteufel durch zahlreiche Buchstabenauslassungen in fremdsprachigen Zitaten sein Unwesen getrieben. "Pur" statt "pour" (S. 48) und "parture" statt "departure" (S. 137) sind zwei besonders markante Beispiele.

Karl Leuteritz

Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.)
Jahrbuch Dritte Welt 1990
Daten - Übersichten - Analysen. Redaktion Joachim Betz und Volker Matthies
Beck-Verlag, München, 1989, 319 S., DM 19,80

Mit dem Jahresband 1990 legt das Deutsche Übersee-Institut Hamburg das achte Jahrbuch Dritte Welt vor und hält dabei an der mittlerweile bewährten Gliederung fest: Einem Überblick über die für die Dritte Welt wichtigsten Ereignisse im Berichtszeitraum (Joachim Betz/Volker Matthies) folgen Beiträge zu überregionalen Schwerpunktthemen, die Diskussion aktueller Entwicklungsprobleme sowie Aufsätze zu wichtigen regionalen Entwicklun-

gen und Süd-Süd-Beziehungen. Der Band wird ergänzt durch eine nützliche Chronik der wichtigsten Dritte-Welt-Ereignisse und ein Gesamtregister aller erschienenen Jahrbücher Dritte Welt, nach Stichworten geordnet.

Der Redaktion des Jahrbuchs ist es erneut gelungen, informative und anregende Beiträge zu aktuell diskutierten Themenbereichen der Dritte-Welt-Forschung anzubieten. So finden sich Auseinandersetzungen mit der Abholzung der Tropenwälder, rüstungspolitischen Themen (deutsche Rüstungsexporte; ABC-Waffen in der Dritten Welt), Problemen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (Entwicklung ohne Staat; soziale Folgen von IWF- und Weltbank-Programmen; die japanische Entwicklungspolitik) sowie dem Kampf um die Menschenrechte.

Die regionalen Beiträge beschäftigen sich mit dem Nahostkonflikt, Pakistan, Birma, Namibia, Algerien, Venezuela, Kuba, der VR China sowie den regionalen Beziehungen in Asien und dem Orient.

Ein gewisser Schwerpunkt der Betrachtungen ergibt sich schon aus den politischen Prozessen der vergangenen Monate selbst: Sowohl in den eher theoretisch angelegten Beiträgen als auch in den regionalen Studien steht immer wieder die Frage breiterer Partizipation der Bevölkerung an der politischen Gestaltung ihrer Gemeinwesen im Vordergrund.

In diesem Zusammenhang hervorzuheben ist der Aufsatz von Brigitte Jessen und Manfred Störmer über "Entwicklung ohne Staat". Anknüpfend an die Debatte über die Entstaatlichung der Entwicklungspolitik, fordern die Autoren, diesen Ansatz auch bezüglich der Partnerauswahl in den Empfängerländern zu verfolgen: "Süd-Nichtregierungsorganisationen" als Partner der Entwicklungszusammenarbeit könnten die politisch motivierte Blockade gesellschaftlicher Entwicklung durch bürokratische Staatsapparate durchbrechen. Sie verbesserten die bislang mangelhaften Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung und etablierten eine politische Gegenmacht zum Herrschaftsapparat. Nur die lokale Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte und - vermittels nicht-formaler Bildung nach den Konzepten Paulo Freires - eine allmähliche Emanzipation und "Selbstentwicklung" der dörflichen Bevölkerung ermögliche eine effiziente Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Konzeption wird an Beispielen aus Bangladesch erläutert.

Der Aufsatz geht von der augenfälligen Erkenntnis aus, daß es in vielen Dritte-Welt-Gesellschaften nicht so sehr an den Ressourcen, viel mehr am gleichberechtigten Zugang zu ihnen mangelt. Er betont die politische Dimension von Entwicklung, die zunächst die innerstaatlichen Machtverhältnisse aufbrechen muß, um die benachteiligten Bevölkerungsschichten zu erreichen. Leider verknüpfen die Autoren diese Analyse mit einer romantisierenden Sichtweise selbstbestimmter Entwicklungsarbeit. So scheint zweifelhaft, ob gerade im dörflichen Rahmen generell von einer Rückkehr zu einem "authentischen und selbstdefinierten" Entwicklungsweg oder einer "Zurückverlegung der Definitionsmacht und Entscheidungsfähigkeit" zu den Menschen gesprochen werden kann. Gerade die praktischen Beispiele lassen vermuten, daß es oftmals um das Beschreiten von (für diese Gesellschaften) neuen Wegen geht. Auch vermag angesichts der riesigen materiellen Probleme der Dritte-Welt-Ökonomien die undifferenzierte Absage an eine "Quantitätsorientierung der

großen Gelder und Apparate" nicht zu überzeugen. Ob die konstatierte "Revolution der Barfüßigen" schon begonnen hat, bleibt abzuwarten.

Joachim Betz setzt sich in seinem Beitrag mit den Kritikern der IWF- und Weltbank-Anpassungsprogramme auseinander. Er wirft ihnen vor, einseitig die Politik der beiden Weltorganisationen zu kritisieren und dabei das Alternativszenario einer Fortführung der bisherigen Politik in den Schuldnerländern mit deren möglichen Folgen nicht zu beachten. Wirtschaftliche Einschränkungen hätten seiner Meinung nach auch ohne die Auflagen von IWF und Weltbank vorgenommen werden müssen, die Umstellungskosten variierten stark nach der jeweiligen Wirtschaftsstruktur, die Armen wären wohl von einem ungeordneten inflationären Schrumpfungsprozeß noch empfindlicher getroffen worden und kurzfristigen sozialen Härten stünden mittelfristig positive Effekte gegenüber. Betz wendet sich vor allem gegen das Argument, die Anpassungsprogramme trafen gerade die ärmsten Schichten am härtesten. Tatsächlich profitierten diese, vor allem im ländlichen Bereich, z.B. vom Subventionsabbau mehr als die bislang Privilegierten, die folgerichtig auch die Speerspitze der Proteste gegen diese Maßnahmen bildeten.

Auch wenn die teilweise eklatanten Unterschiede zwischen den betroffenen Ländern insgesamt doch (zu) stark unterbewertet werden, macht Joachim Betz deutlich, daß die heftig kritisierten Programme von IWF und Weltbank insgesamt - gerade wenn man die möglichen Alternativen im Auge behält - zwar politisch schwierig zu handhabende, aber wirtschaftlich Hoffnung weckende Effekte hervorzubringen vermögen.

Auf die vielfach übersehene Bedeutung Japans auf dem Feld der Entwicklungspolitik macht Franz Nuscheler aufmerksam. Japan ist mittlerweile das größte Geberland öffentlicher Entwicklungshilfe, zweitgrößter Geldgeber der Weltbank, größtes Gläubigerland der Welt, übernimmt mehr und mehr Verantwortung für multilaterale Entwicklungsvorhaben, tätigt große private Direktinvestitionen in der Dritten Welt und unterhält den größten Handelsaustausch aller OECD-Länder mit dieser Region. Nuscheler macht aber auch deutlich, daß Japans institutionelle, personelle und konzeptionelle Voraussetzungen mit der raschen Steigerung seiner Entwicklungshilfezahlungen nicht Schritt gehalten haben. Kulturelle Vorbehalte gegenüber einem offenen Dialog mit anderen Kulturen erschweren die japanische Politik, als "Land ohne Freunde" mittels der Entwicklungspolitik seine wirtschaftliche und politische Position in der Welt abzusichern.

Das Jahrbuch Dritte Welt hat sich mit seiner gelungenen Mischung von aktueller Information und tiefergehender theoretischer Analyse einen festen Platz in der deutschsprachigen Entwicklungspolitischen Literatur gesichert und diesen Anspruch mit dem Jahresband 1990 untermauert.

Uwe Tonndorf